



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Jens Christian Kage
Pressesprecher

Jens.C.Kage@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

EU-Gebäuderichtlinie: Sanierungszwang gebannt – Leistbarkeitsgrenze für Unternehmen und Bevölkerung beachten

Berlin, 12.03.2024. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen kommentiert die Verabschiedung der Gebäuderichtlinie im EU-Parlament und mahnt vor weiterer Überlastung bei der Umsetzung. „Eine wichtige Forderung der Immobilienwirtschaft wurde gehört: Kein Zwang zur Sanierung für individuelle Gebäude. Statt auf Sanierungszwang setzt die EU auf ambitionierte Zielvorgaben, deren Erreichung den Mitgliedstaaten obliegt. Die Anforderungen sind jedoch weiter enorm hoch. Wenn Eigentümer finanziell überfordert sind, wird es nicht zu den Sanierungen kommen“ erklärte BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.

„Im europäischen Vergleich haben wir in Deutschland bereits die höchsten Standards, das muss bei der nationalen Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie unbedingt berücksichtigt werden. In der aktuellen Lage darf der Bogen nicht überspannt werden. Bereits jetzt ist Bauen auch wegen hoher Standards zu teuer geworden bei gleichzeitig hohem Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Wir können die Klimaziele nur erfolgreich erreichen, wenn realistische und kluge Schritte ergriffen werden, die am Ende auch bezahlbar sind. Die Einsparung bei der Primärenergie über den gesamten Gebäudebestand der Mitgliedstaaten ist wesentlich erfolversprechender. Klimaziele sowie Bezahlbarkeit von Bauen, Wohnen und Heizen müssen in Einklang gebracht werden. Es kommt darauf an, dass Hausbesitzer und Mieter nicht überfordert werden“, so der BFW-Präsident.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.